

## XV.

### Die Türkei und ihre Vasallenstaaten.

#### I. Türkei.

2. Februar. (Konstantinopel.) Metropolit Anthimos wird zum Ökumenischen Patriarchen ernannt.

Februar. März. (Armenien.) In den englischen Zeitungen werden die türkischen Soldaten für die armenischen Greuel verantwortlich gemacht.

April. Mutige Zusammenstöße zwischen Albanesen und montenegrinischen Soldaten.

April. Mai. Die englischen, französischen und russischen Konsule bereisen den Bezirk Saffun.

II. Mai. (Konstantinopel.) Die Botschafter Englands, Frankreichs, Russlands fordern Reformen für Armenien.

Die Hauptforderungen sind: Die Beamtenschaft der von Armeniern bewohnten Provinzen wird zur Hälfte aus Christen, zur Hälfte aus Mohammedanern bestehen, und zwar vom Generalgouverneur (Wali) angefangen bis zum Bürgermeister (Mudir). Wenn der Generalgouverneur einer Provinz ein Armenier, muß der Generaldirektor Mohammedaner sein; wenn der Gouverneur (Mutessarif) Mohammedaner, soll er einen Armenier zum Generalsekretär haben u. s. w. Eine eigene gemischte Kommission — zur Hälfte aus Christen, zur Hälfte aus Mohammedanern bestehend — in Konstantinopel wird mit der Wahl der Beamten betraut sein. Die von der Kommission gewählten Beamten müssen von den Botschaftern der Großmächte bestätigt werden, und diese haben ein Vetorecht, wie bei der Ernennung des Generalgouverneurs des Libanon, nur mit dem Unterschiede, daß dieser Generalgouverneur von der Pforte selbst gewählt wird. Die Senatskammer wird nach dem Muster jener des Libanon zur Hälfte aus Türken, zur Hälfte aus Christen bestehen. Ein ambulanter Schwurgerichtshof, gleichfalls paritätischer Zusammensetzung, wird die Untersuchung und die Aburteilung aller Verbrechen besorgen, welche in Armenien begangen werden. Die Araberegimenter in Kleinasien sollen aufgelassen werden.

Die Pforte lehnt die Vorschläge ab und erklärt, es seien keine Veränderungen für irgend einen Teil der Unterthanen, des Sultanats erforderlich. Die einzigen als notwendig erachteten Abänderungen der gegenwärtigen Gesetzgebung seien solche, die auf die ganze Bevölkerung anwendbar sein würden (Waf. Juni).